

„Wir tragen Verantwortung“
Deutschlands Afrika-Politik

Es war einmal ...



Deutscher Kolonialismus

- Nicht nur Afrika: Pazifik, Bagdad-Bahn
- „Wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne!“
(Reichskanzler von Bülow)
- "Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! ... möge der Deutsche in China ... durch Euch sich in einer Weise bethätigen, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.“ (Kaiser Wilhelm II. 27. 7. 1900).
- Völkermord in der Wüste:
»Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu Ihrem Volk zurück oder lasse auf sie schießen.« (Generalleutnant von Trotha 1904).

Deutschlands langsame Rückkehr auf die Weltbühne – aber nur im Bündnis!

- Die Angst vor dem deutschen Militarismus
- 1948: Brüsseler Pakt: Beistandspflicht: Art. V. alle in ihrer Macht stehende militärische und sonstige Hilfe und Unterstützung leisten.
- 1949: Gründung der NATO Art. V: „...Beistand leistet, indem jede vn ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet ...“
- 1949: Gründung der Bundesrepublik Deutschland
- 1951-53: Verhandlungen über Europäische Verteidigungsgemeinschaft
- 1954: Beitritt zur NATO – Gründung der WEU
- 1955: Gründung der Warschauer Vertragsorganisation.

Der Aufstieg der EU zur Militärmacht

- Vertrag von Maastricht (1992): GASP
- Übernahme der Strukturen der WEU
- EU-Verfassungsprozess
- Vertrag von Lissabon:
 - ESVP
 - Aufstellung von Battle Groups
 - Aufrüstungsverpflichtung
 - Coalitions of the Willing
 - Außerhalb der Kompetenz des EU-Parlaments.

Die EU als militärischer Akteur

- Petersberg-Aufgaben (1992): Humanitäre Aufgaben, friedenserhaltende Maßnahmen, militärische Einsätze zur Krisenbewältigung.
- Die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS, 2003).
 - Lage: Fast drei Milliarden Menschen und damit die Hälfte der Weltbevölkerung müssen mit weniger als zwei Euro pro Tag auskommen. Jedes Jahr sterben 45 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung. ... Die Armut im südlich der Sahara gelegenen Teil Afrikas ist heute größer als vor zehn Jahren.
 - Wir müssen fähig sein zu handeln, bevor sich die Lage in Nachbarländern verschlechtert. ... Durch präventives Engagement können schwierigere Probleme in der Zukunft vermieden werden.

Die EU als Erbe Frankreichs I.

- 1960: Unabhängigkeit von 16 ehemaligen Kolonien Französisch-West- und Zentralafrikas
- Das System des Franc CFA
- Das System der Francafrigue / France à Fric: Total und Areva, Französische Banken
- Transfers aus Afrika übersteigen Investitionen um das Zwei-bis Vierfache
- Verwaltung und Beratung
- Kriminalität, Mord, Korruption
- Über 50 Militärinterventionen seit 1960

Die EU als Erbe Frankreichs II.

Die Lomé-Abkommen

- Yaoundé I-II, Lomé I-IV, Cotonou: Besondere Beziehungen der EU mit 79 Afrikanischen, Karibischen und Pazifischen Staaten.
- Liberalisierung der Ökonomie, freier Warenverkehr, zollfreier Export von Rohstoffen (Preisverfall).
- Europäischer Entwicklungsfonds: zu je 34 % finanziert durch D und F.
- Im Rahmen von CIMIC auch zur Finanzierung von Militärinterventionen.

Abstieg Frankreichs?

- Die ehemaligen französischen Kolonien (einschließlich DR Kongo) sind unter den 20 ärmsten Ländern der Welt
- Afrikas Rohstoffe: Der Kontinent verfügt über 30 Prozent der Mineralreserven der Erde, darunter 40 % des globalen Aufkommens an Gold, 60 % an Kobalt und 90 % an Platin. Hier befinden sich über 9,7 % der nachgewiesenen Ölreserven der Welt, 7,8 % der gesamten Erdgasvorkommen – und Diamanten.
- Militärische Rückzugspläne? > Sarkozy
- *Burden sharing*: Tschad, Elfenbeinküste, Mali, Zentralafrikanische Republik: UN, AU und EU.

Einstieg der EU – Aufstieg Deutschlands

- EU-Afrika-Politik = Französische Afrika-Politik.
- Ab 2000: Neun militärische oder zivil-militärische Einsätze in Afrika (einschließlich EUNAVFOR-ATALANTA).
- Außer EUFOR Tschad-RCA alle mit deutscher Beteiligung.
- „Nur wer mitschießt, darf mitreden“.

Das SWP/GMF-Papier (Nov. 2013) „Neue Macht, Neue Verantwortung“

- „Kaum eine Aufgabe der Außenpolitik (kann) im Alleingang gelöst werden.“
- „Deutschland wird künftig öfter und entschiedener führen müssen.“
- „Die Umwälzungen in Deutschlands strategischem Umfeld ... verlangen eine neue Definition deutscher Staatsziele.“
- „Deutschland braucht ... den Zugang zu internationalen Handelswegen und Rohstoffen.“!

Neue Macht, neue **Verantwortung** II.

- „Deutsche Außenpolitik wird sich weiterhin der gesamten Palette der außenpolitischen Instrumente bedienen, von der Diplomatie über die Entwicklungs- und Kulturpolitik bis hin zum Einsatz militärischer Gewalt.“
- „Die Vereinigten Staaten sind nur noch bedingt gewillt, die internationale Ordnung ... zu garantieren. ... Auf globaler Ebene ist so ein Führungsvakuum entstanden.“
- Da aber, wo Störer die internationale Ordnung in Frage stellen, ... muss Deutschland bereit und imstande sein, ... auch militärische Gewalt anzuwenden ...“

Probleme

- „Neue Prioritäten der amerikanischen Außenpolitik“.
- „Kürzungen europäischer Verteidigungsetats“.
- „... eine Militäreinsätzen gegenüber skeptische Öffentlichkeit.“
- „Die Parlamentsbeteiligung an Einsätzen ist zu flexibilisieren.“

Gleichklang: Arbeitskreis internationale Sicherheitspolitik der FES (Jan 2014).

- „Die neue Bundesregierung sollte die in der Neupositionierung der USA liegende Chance für eine ... multilateralere Interventionsstrategie zügig ergreifen.
- „(die neuen Rahmenbedingungen erfordern eine) souveräne Sicherheitspolitik.“
- „Solidarität mit unseren Partnern ... darf aber nicht das eigene deutsche Interesse ... ersetzen.“
- „Militärischer Einsatz bleibt die Fortsetzung der Politik mit Einmischung militärischer Mittel (Clausewitz).“

Gleichklang II.: Probleme.

- Die Bezugnahme auf nationale Interessenserwägungen insbesondere ökonomischer Art gilt in weiten Teilen des Politik- und Medienbetriebs als unkorrekt und moralisch fragwürdig.“
- „... dürfen nationale, insbesondere geostrategische und ökonomische Interessen nicht hinter einem Schleier humanitärer Interventionsbegründungen ... verdeckt werden.“
- „Tatsache (ist), dass das Wohlergehen (der Deutschen) in erheblichem Maß von einem sicheren und freien Welthandel und dem Zugang zu Rohstoffen abhängt.“

Deutschland kann nicht weitermachen wie bisher (Titel, Rede Gauck SiKo).

- „Seit der Wiedervereinigung hat sich Deutschland auf den Weg gemacht. Schritt um Schritt wird die Bundesrepublik von einem Nutznießer zu einem Garanten internationaler Sicherheit und Ordnung.“
- VM v. d. Leyen: „... dass wir die Verpflichtung und die Verantwortung haben, unseren Beitrag zu einer schrittweisen Lösung der aktuellen Krisen und Konflikte erbringen. Gleichgültigkeit ist für ein Land wie Deutschland keine Option.“

Und Afrika?

- Afrikapolitische Leitlinien: „Dabei muss es Anspruch der Bundesregierung sein, aktiv Schwerpunkte, Interessen und Ziele deutscher Politik zu formulieren und **früh, schnell, entschieden und substanziell zu handeln**, sowohl national als auch im Rahmen des EU-Außenhandelns und innerhalb der Vereinten Nationen.“
- Von der Leyen: “Afrika ist unser direkter Nachbar, an der Meerenge von Gibraltar liegen die Kontinente nur 14 Kilometer voneinander entfernt.”
- „Irgendwann werden wir Kampftruppen schicken müssen, die dort ... in Gefechte verwickelt werden.“ (BZ 22. 4. 2014).

Wer will „Verantwortung“?

- Volker Rühle: „Kurzum: In einer Zeit, in der die vereinigten Staaten ihr Engagement für Europa reduzieren und viele Staaten der EU finanziell am Ende sind, ist es die Aufgabe des Starken, mit Beispiel zu führen und Europas Handlungsfähigkeit zu sichern. Deutschland muss führen.“ (FAZ, 21-01-14).
- Aber die Deutschen wollen nicht: In einer im Mai veröffentlichten Umfrage sprechen sich 82% gegen Militäreinsätze der Bundeswehr aus, nur 13% sind dafür. 2% haben keine Meinung.